ENTSCHEIDUNGEN DES MONATS JÄNNER 2023

Art 85 Abs 1 DSGVO; §§ 1 Abs 1, 9 Abs 1 DSG

Medien dürfen nicht prinzipiell vom DSG ausgenommen sein.

VfGH vom 14.12.2022, G 287/2022, G 288/2022

In seiner an die Datenschutzbehörde gerichteten Beschwerde machte der Beschwerdeführer eine Verletzung seines Rechts auf Geheimhaltung gemäß § 1 DSG geltend. Er brachte zusammengefasst vor, die Beschwerdegegnerin, ein Medienunternehmen, habe auf ihrer Homepage einen Beitrag sowie Bildaufnahmen einer Hausdurchsuchung veröffentlicht. Auf einem der veröffentlichten Bilder sei die Visitenkarte des Beschwerdeführers (ungeschwärzt) abgebildet gewesen. Sein Name sowie sein Arbeitgeber seien erkennbar gewesen.

Die Datenschutzbehörde wies die Beschwerde zurück und begründete dies zusammengefasst damit, dass es sich bei der Beschwerdegegnerin um ein Medienunternehmen handle, das als Medieninhaberin für den Inhalt der Berichterstattung verantwortlich sei. Die Daten des Beschwerdeführers seien im Rahmen journalistischer Artikel bzw journalistischer Berichterstattung verarbeitet und in weiterer Folge veröffentlicht worden. Auf Grund der Anwendung des Medienprivilegs gemäß § 9 Abs 1 DSG sei die belangte Behörde zur Behandlung der Beschwerde unzuständig. Gegen diesen Bescheid erhob der Beschwerdeführer fristgerecht Beschwerde an das BVwG. Er führte darin insbesondere aus, § 9 DSG sei verfassungs- und unionsrechtswidrig. Aus Anlass der Behandlung dieser Beschwerden sind beim BVwG Bedenken ob der Verfassungskonformität des § 9 Abs 1 DSG entstanden, die es zur Antragstellung an den VfGH veranlasst haben.

Der VfGH kam zunächst zum Ergebnis, dass das Unionsrecht vom österreichischen Gesetzgeber nicht die Erlassung einer Bestimmung verlange, wonach jedwede Datenverarbeitung von Medieninhabern, Herausgebern, Medienmitarbeitern und Arbeitnehmern eines Medienunternehmens oder Mediendienstes iSd Mediengesetzes zu journalistischen Zwecken gänzlich von der Anwendung der Bestimmungen des DSG sowie bestimmter Kapitel der DSGVO ausgenommen werde. Ganz im Gegenteil verpflichte Art 85 Abs 1 DSGVO die Mitgliedstaaten, das Verhältnis von Datenschutz und Meinungsäußerungsfreiheit (Medienfreiheit) durch Rechtsvorschriften näher auszugestalten und auf diesem Weg für einen sachgerechten Ausgleich der einander gegenüberstehenden grundrechtlichen Positionen zu sorgen. Da somit der Regelungsgehalt des § 9 Abs 1 DSG unionsrechtlich nicht zwingend vorgegeben sei, unterliege die Bestimmung der Kontrolle durch den VfGH im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit innerstaatlichem Verfassungsrecht.

Der in § 9 Abs 1 DSG normierte, absolute und gänzliche – und damit undifferenzierte – Ausschluss der Anwendung aller (einfachgesetzlichen) Regelungen des DSG sowie der Kapitel II (Grundsätze), III (Rechte der betroffenen Person), IV (Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter), V (Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer oder an internationale Organisationen), VI (Unabhängige Aufsichtsbehörden), VII (Zusammenarbeit und Kohärenz) und IX (Vorschriften für besondere Verarbeitungssituationen) der DSGVO auf näher definierte Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken eines Medienunternehmens oder Mediendienstes widerspreche dem in § 1 Abs 2 DSG normierten Erfordernis, dass der Gesetzgeber das Interesse am Schutz personenbezogener Daten mit dem Interesse der Medieninhaber, Herausgeber, Medienmitarbeiter und Arbeitnehmer eines Medienunternehmens oder Mediendienstes (im Sinne des Mediengesetzes) im Rahmen ihrer journalistischen Tätigkeit sachgerecht abzuwägen habe. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit gebiete zwar, dass der Gesetzgeber von der Ermächtigung des bzw dem Auftrag im Sinne des Art 85 DSGVO Gebrauch mache und die Anwendbarkeit bestimmter datenschutzrechtlicher Bestimmungen, die mit den Besonderheiten der Ausübung journalistischer Tätigkeit nicht vereinbar seien, auf Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken ausschließe. Die uneingeschränkte Anwendbarkeit sämtlicher datenschutzrechtlicher Bestimmungen auf Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken durch Medienunternehmen und Mediendienste wäre nämlich geeignet, journalistische Tätigkeit in unverhältnismäßiger Weise zu behindern oder sogar zu verunmöglichen. Der Gesetzgeber sei aber gehalten, einen angemessenen, differenzierten Ausgleich zwischen den Interessen einzelner Personen auf Datenschutz auch gegenüber Medien und den durch Art 10 EMRK geschützten Anforderungen journalistischer Tätigkeit vorzusehen. Für die Verfassungskonformität des § 9 Abs 1 DSG könne auch nicht ins Treffen geführt werden, dass Datenschutzverletzungen durch Verarbeitungen zu journalistischen Zwecken zwar nicht vor der Datenschutzbehörde, aber vor den ordentlichen Gerichten geltend gemacht werden könnten, weil offen sei, ob die Rechtsprechung des OGH (6 Ob 144/17w) auf das nun in § 9 Abs 1 DSG geregelte Medienprivileg übertragen werden könne: Zum Ersten nehme die zuletzt genannte Bestimmung – im Gegensatz zu § 48 Abs 1 DSG 2000 – nicht bloß einzelne einfachgesetzliche Bestimmungen von der Anwendbarkeit auf Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken aus, sondern sämtliche Bestimmungen des Datenschutzgesetzes sowie die in der Bestimmung genannten Kapitel der DSGVO. Zum Zweiten würde die Gegenansicht den Willen des Gesetzgebers, die genannten Bestimmungen bei Datenverarbeitungen zu journalistischen Zwecken nicht zur Anwendung zu bringen, offenkundig unterlaufen.

§ 9 Abs 1 DSG sei daher verfassungswidrig. Die Aufhebung trete mit Ablauf des 30.6.2024 in Kraft.

Link zur Entscheidung im [Volltext](#).

PersFrSchG; § 173 Abs 6 StPO

§ 173 Abs 6 StPO verstößt gegen das aus Art 2 Abs 1 Z 2 iVm Art 1 Abs 3 PersFrSchG folgende Gebot, die Voraussetzungen der Verhängung einer Untersuchungshaft gesetzlich entsprechend genau vorzuschreiben.

VfGH vom 1.12.2022, G 53/2022

§ 173 Abs 6 StPO lautet: Wenn es sich um ein Verbrechen handelt, bei dem nach dem Gesetz auf mindestens zehnjährige Freiheitsstrafe zu erkennen ist, muss die Untersuchungshaft verhängt werden, es sei denn, dass auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass Vorliegen aller in § 173 Abs 2 StPO angeführten Haftgründe sei auszuschließen.

Gegen den Antragsteller wird wegen des Verdachts der Verbrechen der terroristischen Straftat des – zum Teil im Stadium des Versuches gebliebenen – Mordes (§ 12 dritter Fall, § 15, § 75 iVm § 278c StGB), der terroristischen Vereinigung (§ 278b Abs 2 StGB) und der kriminellen Organisation (§ 278a StGB) ermittelt. Er befindet sich seit 6.11.2020 in Untersuchungshaft.

Mit Beschluss des LGS Wien wurde gem § 173 Abs 6 StPO die Verlängerung der Untersuchungshaft bis längstens 14.4.2022 verfügt. Aus Anlass der gegen diesen Beschluss erhobenen Beschwerde stellte der Antragsteller einen Antrag gemäß Art 140 Abs 1 Z 1 lit d B-VG.

Der VfGH führte aus, das BVG über den Schutz der persönlichen Freiheit (PersFrSchG) binde den Entzug der persönlichen Freiheit als einen der gravierendsten Eingriffe in Grundrechte des Einzelnen an detaillierte Haftgründe und die Notwendigkeit eines auf einen spezifischen Haftgrund gestützten Freiheitsentzugs im Einzelfall. Diesen Anforderungen an die gesetzliche Regelung der Untersuchungshaft trage die angefochtene Bestimmung des § 173 Abs 6 StPO nicht adäquat Rechnung. Denn sie eröffne, ohne dass dies vom Regelungsgegenstand bedingt wäre, eine Unklarheit darüber, dass diese Einzelfallprüfung, ob ein konkreter Haftgrund vorliege, jedenfalls zu erfolgen habe, obwohl eine die konkreten verfassungsrechtlichen Vorgaben deutlich zum Ausdruck bringende Regelung möglich sei, die auch dem Umstand Rechnung tragen könne, dass die hier in Rede stehende Konstellation des Verdachts der Begehung schwerer Straftaten in die Beurteilung der Notwendigkeit der Freiheitsentziehung miteinzubeziehen sei. Nach den Vorgaben des Art 2 Abs 1 Z 2 PersFrSchG müsse aber auch eine solche Berücksichtigung der Schwere der Straftat, deren Begehung der mit Untersuchungshaft Bedrohte verdächtigt werde, im Zuge einer Einzelfallprüfung erfolgen, ob ein die Untersuchungshaft rechtfertigender Haftgrund vorliege und die Verhängung der Untersuchungshaft aus diesem Grund auch notwendig sei. Darüber dürfe die gesetzliche Vorschreibung der Verhängung der Untersuchungshaft nicht in Zweifel lassen, was der angefochtene § 173 Abs 6 StPO mit der Festlegung einer „bedingt obligatorischen“ Untersuchungshaft aber tue.

Die Bestimmung sei daher mit sofortiger Wirkung als verfassungswidrig aufzuheben.

Link zur Entscheidung im [Volltext](#).